



Der demokratische Charakter Israels

Uri Dromi

(Publikationsdirektor des „Israeli Democracy Institute“)

Der Staat Israel hat seit seiner Gründung sehr gemischte Gefühle hervorgerufen. Einerseits bestand grosse Bewunderung für den kleinen Staat, der aus der Asche des Holocaust entstanden war und trotz seines Überlebenskampfes die demokratischen Grundwerte bewahrte. Ausserdem konnte kein Land der Welt in so kurzer Zeit so viele Einwanderer absorbieren, wie Israel es tat. (Und dies sogar zweimal: einmal in den Fünfzigerjahren und noch einmal in den Neunzigerjahren.) Andererseits ist der jüdische Staat vielen Arten von Kritiken ausgesetzt. Es ist relativ leicht, offene antisemitische Kritik bloss zu stellen und zu entkräften. Viel schwieriger ist es, die subtile Form des Antisemitismus zu widerlegen, die darin besteht, Israels demokratische Staatsform in Verruf zu bringen und antisemitische Argumente als legitime Kritik zu kaschieren.

TATSACHEN

¶ Zum Teil beruhen die negativen Reaktionen, die Israel über die Jahre hinweg generierte, auf Missverständnissen. Israel kann nämlich nicht leicht in eine Kategorie platziert werden, mit der sich Aussenstehende identifizieren können. Die dadurch entstehende Ambiguität führt leicht zu Fehlschlüssen. Es ist offensichtlich, dass Israel eine Demokratie ist. Aus diesem Grund können andere demokratische Gesellschaften das Land als „Familienmitglied“ betrachten. Aber eine genauere Untersuchung des Charakters der israelischen Demokratie wirft Fragen auf. In welcher Demokratie umfasste die Regierungszeit einer einzigen Partei dreissig Jahre? (Der [Mapai](#) war seit Staatsgründung 1948 bis 1977 an der Macht.) Ist Israel nach dem langen Überlebenskampf, der der Armee einen prominenten Status in der Gesellschaft gab, nicht zu einer Art Garnisons-Staat geworden, in dem die wirklichen Entscheidungen



TATSACHEN & ARGUMENTE

von Generälen und nicht nur von Politikern getroffen werden? Schliesslich stellt sich noch die Frage der Legitimität: Die Ermordung des Ministerpräsidenten Yitzhak Rabin zeigte, dass es in der Gesellschaft Kreise gibt, die das Recht einer gewählten Regierung nicht anerkennen, die Politik in so heiklen Fragen wie zum Beispiel der Aufgabe von Teilen von „Eretz Israel“, zu bestimmen.

¶ Wie die westeuropäischen Staaten besitzt auch Israel eine parlamentarische Demokratie. Bis vor kurzem verfügte das Land über eine ungewohnte Staatsform, in der das parlamentarische mit einem präsidentiellen System kombiniert wurden, dies wurde jedoch geändert. Ein Unterschied zu anderen Demokratien ist auch, dass Israel keine Verfassung und kein Verfassungsgericht besitzt, sondern bloss eine Kammer hat. Eine weitere Eigenheit ist, dass Israel sich als jüdischer Staat versteht. Die Idee, dass arabische Israeli eines Tages die Regierung unter Anwendung demokratischer Spielregeln übernehmen könnten (zum Beispiel durch eine Majorität in der Bevölkerung), wollen die meisten Israeli nicht akzeptieren.

¶ Während langer Zeit gab es in Israel jeweils zwei Grossparteien und mehrere sektorielle Parteien (religiöse, arabische sowie Parteien der Einwanderer). Zwischen 1969 und 1992 stellten die Grossparteien insgesamt 82% aller Knessetmitglieder. Nach der Einführung der [Direktwahl des Regierungschefs](#) (1996), die dem Wähler eine Spaltung seiner Stimme zwischen dem bevorzugten Regierungschef und der bevorzugten Partei erlaubt, begann sich die Knesset zu zersplittern. Nach den Wahlen von 1996 gehörten immerhin noch 66 Abgeordnete zu den Grossparteien und 39 zu den sektoriellen Parteien (den Rest stellten andere). 1999 besaßen die „Grossparteien“ nur noch 46 Abgeordnete, während 45 zu den sektoriellen und 29 zu anderen Parteien gehörten. Dies bedeutet, dass heute (2001) insgesamt 16 Parteien in der Knesset vertreten sind, aber keine wirklichen Grossparteien, die eine stabile Koalition bilden können. Da es unter diesen Umständen immer schwieriger wurde, Regierungen zu bilden und zusammenzuhalten, verkürzten sich die Regierungszeiten immer mehr.

¶ Die Justiz ist unabhängig und stark – manche Israeli meinen, sie sei zu stark. Nach der Verabschiedung zweier Grundgesetze zur „[menschlichen Würde und Freiheit](#)“ und zur „[freien Arbeitswahl](#)“, die vor anderen, gewöhnlichen Gesetzen Vorrang haben, erklärte der Präsident des Obersten Gerichts Aharon Barak, dass eine



TATSACHEN & ARGUMENTE

Verfassungsrevolution stattgefunden habe. Die beiden Gesetze stiessen insbesondere bei religiösen Kreisen auf Kritik. Verschiedene Sprecher beanstandeten, dass die amtierenden Richter für die israelische Bevölkerung angeblich nicht wirklich repräsentativ seien. Letztens wird darüber diskutiert, ob das Alleinrecht der Justiz auf Interpretierung der Gesetze aufgehoben werden solle. [Oberrichter Aharon Barak](#) widersetzt sich solchen Anstrengungen.

¶ Die [Knesset](#) ist ein unabhängiges Parlament, das in der Vergangenheit schon öfters Regierungen stürzte. Verglichen mit der Exekutive ist es aber schwach, da ihm zu wenig Stabsstellen und Recherchiermittel zur Verfügung stehen. Wenn es zum Beispiel um den jährlichen Staatshaushalt geht, zwingt die Regierung der Knesset das Budget jeweils ohne grossen Widerspruch auf. Zur Zeit (2001) dienen fast ein Drittel aller Abgeordneten als Minister oder stellvertretende Minister in der Regierung. Das hat zwei negative Auswirkungen: Erstens stehen der Knesset für die parlamentarische Arbeit zu wenige Abgeordnete zur Verfügung; zweitens schwächt dies auf längere Zeit die Knesset und verunmöglicht es ihr, als Gegengewicht zur Regierung zu wirken.

¶ Ein besonders brisantes Thema ist die Frage der Identität. Die meisten israelischen Bürger betrachten sich sowohl als Israeli als auch als Juden. Sie sehen keinen Widerspruch darin, in beiden Sphären zu leben. Die offizielle Sprache ist [Hebräisch](#), die alte Sprache des jüdischen Volkes. Die offiziellen [Feiertage](#) sind Jom Kippur, Rosch Haschanah, Chanukka, Pessach usw., die das kulturelle und religiöse Erbe des Volkes Israel ausdrücken. Die Sache ist aber nicht so einfach. Was ist die Bedeutung eines „jüdischen Staates“? Ist er nur ein sicherer Hafen für die Juden, oder ist er ein Staat mit jüdischem Inhalt? In letzterem Falle: Was für einen jüdischen Inhalt hat er? Wer bestimmt diesen Inhalt? Wie steht es um die etwa 40% Israeli, die sich als säkular betrachten? Oder um jene, die jegliche Einmischung des Staates in religiöse Angelegenheiten ablehnen? Wie steht es um die Religionsfreiheit und die Freiheit von Religion?

Die jetzige Situation in den Beziehungen zwischen Staat und Religion, die in Israel „[Status quo](#)“ genannt wird, ist ein Produkt des historischen Wunsches, Regierungskoalitionen zu bilden, in denen die religiösen Parteien vertreten sind. Aus diesem Grund wurden gewisse Bereiche des Zivillebens, wie zum Beispiel [Ehe und Bestattung](#), dem Verantwortungsbereich der rabbinischen Behörden überlassen.



TATSACHEN & ARGUMENTE

Manche Bürger meinen jedoch, dass solche Regelungen ihre zivilen Rechte beeinträchtigen. Es gibt eine wachsende Spaltung zwischen orthodoxen und nicht-orthodoxen Juden in Israel. Laut Umfragen betrachten viele Leute eine solche Spaltung als die grösste Gefahr, die der israelischen Gesellschaft droht. Sie wäre für das Überleben des demokratischen jüdischen Staates noch gefährlicher als die Sicherheitsbedrohungen. Da die orthodoxe Gemeinschaft in vielen Belangen Priorität oder sogar eine Monopolstellung erhielt, wurden andere Gemeinschaften (z. B. die liberale Bewegung) abgedrängt.

¶ Das Thema der Identität wird noch heikler, wenn die Beziehungen zwischen Juden in Israel und Juden in der Diaspora untersucht werden. Da das [Recht auf Rückkehr](#) jedem Juden das automatische Recht auf Einwanderung gibt, betrachten sich viele Juden, die ausserhalb Israels leben, als „Beinahe-Israeli“, auch wenn sie von ihrem Recht keinen Gebrauch gemacht haben. Da sie sich um Israel sorgen und in die Belange des Staates eingreifen, sind die Linien zwischen wirklichen israelischen Bürgern und Juden auf aller Welt, die sich als potenzielle israelische Bürger fühlen, verschwommen. Die Vollmachten, die die Orthodoxen in Israel besitzen, befremden viele Juden in den Ländern, wo die Reformbewegung und liberale Kreise des Judentums stark vertreten sind. Insbesondere wenn orthodoxe israelische Parteien Anstrengungen machen, die Regeln der Konversion zum Judentum zu verschärfen, werden Juden in der Diaspora dem Staat Israel entfremdet.

¶ Die Definition Israels als jüdischer Staat macht das Leben für Araber, die in Israel leben und 18% der Bevölkerung ausmachen, teilweise schwierig. Sie befinden sich in einer sehr komplexen Situation, die ein Experte einst das „Problem der zweifachen Peripherie“ nannte: Einerseits gehören sie nicht wirklich in die arabische Welt, obwohl sie sich als Araber und Palästinenser betrachten. Andererseits sind sie nicht voll in die israelische Gesellschaft integriert, und es stehen ihnen nicht die gleichen Möglichkeiten offen. Die arabischen Ortschaften erhalten nicht die gleichen Unterstützungen und Dienstleistungen vom Staat wie die jüdischen. Die Ereignisse vom [Oktober 2000](#), als israelische Araber bei gewaltsamen Demonstrationen ihre Unterstützung der Palästinenser jenseits der Grenze und ihre sozialen Klagen zum Ausdruck brachten – 12 von ihnen wurden dabei von der Polizei erschossen –, förderte



TATSACHEN & ARGUMENTE

den Ernst der Situation zutage und machte einen weiteren Riss in der Gesellschaft sichtbar.

¶ Die Redefreiheit ist in Israel durch Gesetze gegen Aufwiegelung, Missachtung eines Gerichts und üble Nachrede beschränkt. In einem Buch von Reem Segev und Professor Mordechai Kremnitzer („Freedom of Expression against Governmental Authorities“, herausgegeben vom [Israel Democracy Institute](#)) schlagen die Autoren vor, auch dann Äusserungen zuzulassen, wenn sie das öffentliche Vertrauen in die Richter, Regierungsbeamte und gewählte Volksvertreter schwächen. Viele Israeli fürchten jedoch nach der bedenklichen Rhetorik, die dem Mord an Yitzhak Rabin vorausging, die absolute Redefreiheit.

¶ Angesichts dieses komplexen Bildes ist es kein Wunder, dass Kritiker, die entweder falsch oder nur teilweise informiert sind oder die Fakten willentlich verfälschen, Israel in vielen Punkten attackieren können. Ich werde einige dieser Argumente präsentieren und widerlegen. Während konkrete Vorhaltungen so spezifisch wie möglich beantwortet werden, erinnere ich daran, dass die Fragen jeweils im Gesamtkontext betrachtet werden müssen.



TATSACHEN & ARGUMENTE

ARGUMENTE

Israel ist ein rassistischer Staat, weil er nur für Juden gedacht ist.

¶ Israel wurde als Staat gegründet, in dem die seit vielen Generationen verfolgten Juden eine Heimat haben würden. Nach dem Holocaust, in dem ein Drittel des jüdischen Volkes durch die Nazis vernichtet wurde, akzeptierte die ganze Welt den Anspruch der Juden auf eine eigene Heimat. Das israelische Parlament verabschiedete das „[Recht auf Rückkehr](#)“, damit jeder Jude überall auf der Erde einen Schlüssel zu einem sicheren Hafen habe. Mit diesem Gesetz erklärte der Staat Israel die Juden nicht zu einer besseren Volksgruppe, sondern es wurde dem jüdischen Volk nach seiner 2000-jährigen Leidensgeschichte eine Lösung geboten. Die Tatsache, dass Israel automatisch allen Juden das Einbürgerungsrecht gewährt, geht mit dem Zweck einher, dem jüdischen Volk eine Heimat zu schaffen. Andere Staaten bestimmen ebenfalls eigene Richtlinien betreffend Einwanderung und Einbürgerung, die ihren nationalen Zielen entsprechen. Araber, die in Israel leben, besitzen jedoch die gleichen Rechte wie die anderen Bürger des Staates.

Israelische Araber werden diskriminiert und sind Bürger zweiter Klasse.

¶ Während vieler Jahre waren die arabischen Bürger Israels tatsächlich benachteiligt. Sie erhielten nicht genügend finanzielle Zuteilungen durch die Regierung, und die Möglichkeiten zu sozialem Aufstieg waren – verglichen mit den Chancen der jüdischen Mitbürger – sehr begrenzt.

In den höheren Beamtenrängen sind arabische Israeli schlecht vertreten. Laut einer kürzlichen Untersuchung von „[Sikkuy](#)“, einer Organisation zur Förderung bürgerlicher Gleichberechtigung, stellten die Araber im Jahre 2000 18.6% der Gesamtbevölkerung Israels dar. Aber nur 2.5% der Mitarbeiter im Umweltministerium waren Araber, im Erziehungsministerium waren es 4.8%, im Wohnbauministerium 1%, im Landwirtschaftsministerium 4.2%. Bloss 4.5% der Richter in Israel sind Araber. Bei den Budgets sieht es ähnlich schlecht aus: Zum Beispiel sind von den Ausgaben von 3.5 Mia Schekel des Ministeriums für Arbeits- und Sozialwesen lediglich 12 Mio (3.4%) für den arabischen Sektor vorgesehen. Und auf 3000 arabische Bürger kommt ein



TATSACHEN & ARGUMENTE

Sozialarbeiter, während es in den jüdischen Städten einen Sozialarbeiter für 1000 Bürger gibt.

Die zweite Rabin-Regierung (1992 – 1995) versuchte vergangene Fehler wieder gutzumachen. [Enorme Summen](#) wurden dem arabischen Sektor zugeteilt, um die Infrastruktur, den Unterricht und das Gesundheitswesen zu verbessern sowie Arbeitsplätze zu schaffen. Die folgenden Regierungen taten das gleiche. Kürzlich teilte die Regierung dem arabischen Sektor zusätzliche 4 Milliarden Dollar zu. In den oberen Beamtenrängen des Staates wurden 80 Positionen zur Förderung der arabischen Bürger reserviert.

Diese Bemühungen reichen zwar noch nicht aus, aber es wächst die Erkenntnis – sowohl in höheren Regierungskreisen als auch in der Bevölkerung –, dass eine Politik, bei der ein Fünftel der Bevölkerung nicht an den Früchten einer wohlgehenden demokratischen Gesellschaft teilhat, falsch ist und rektifiziert werden muss. Das Bewusstsein, dass ein Mangel besteht, ist sicherlich ein guter Anfang zu einer Lösung.

Grund und Boden im ganzen Land bleiben Juden vorbehalten.

¶ Da es das nationale Ziel des Staates ist, Juden eine Heimat zu schaffen, muss es Grund und Boden geben, auf dem Juden angesiedelt werden können. Es ist wahr, dass israelische Araber früher bei der Zuteilung von Land nicht die gleichen Rechte erhielten wie israelische Juden. In der Vergangenheit konnten israelische Araber Land und Wohnungen bloss in ihren Städten und Dörfern erwerben. Zudem gab es keine Entwicklungspläne für diese Gegenden, weshalb sich Nachkommen nicht in der Nähe ihrer Eltern niederlassen konnten, wie es die Tradition fordert.

Diese Praxis wurde vor das Oberste Gericht gezogen, das zugunsten der Appellanten urteilte: Der Staat müsse legale und praktische Möglichkeiten finden, um den arabischen Bürgern eine Verbesserung des Lebensstandards zu erlauben. Der Plan, der in den vergangenen Jahren von einem Expertenteam unter der Führung des Ministerpräsidentenamtes ausgearbeitet wurde, sieht ab dem Jahr 2020 die Ansiedlung der arabischen Bürger in zwei grossen urbanen Zentren vor: Im Norden ist dies das Gebiet um Haifa, Akko, Nazareth und Tsfat, im Süden die Gegend um



TATSACHEN & ARGUMENTE

Beersheva, Rahat, Ofakim und Arad. So werden die Araber schliesslich – wenn auch verspätet – in den Genuss der Vorteile des Staates kommen.

Die Regierung von Sharon ging noch einen Schritt weiter, als der Minister für Infrastruktur einen ehrgeizigen Plan zur Gründung einer [arabischen Stadt](#) verkündete.

Orthodoxe Kreise entscheiden für nicht-orthodoxe und säkulare Juden, wie sie zu leben haben.

¶ Die Situation in Israel betreffend die Beziehungen zwischen Religion und Staat ist das Produkt von [Kompromissen](#). Ungefähr ein Drittel der Bevölkerung ist der Meinung, dass der Staat laut strikten „[halachischen](#)“ (d.h. alten jüdischen) Gesetzen regiert werden müsse. Ungefähr die gleiche Zahl denkt, dass der Staat sich nicht in religiöse Dinge einmischen soll. In der Mitte befindet sich ungefähr ein weiteres Drittel, das gegenüber der Kontroverse gleichgültig eingestellt ist.

Der Erfolg der [Shinui](#)-Partei, die als Protest gegen die Dominanz der Orthodoxie entstand, basiert darauf, dass sich ein grosser Teil des Volkes seine Lebensweise nicht von orthodox dominierten Behörden vorschreiben lassen will. Viele junge Paare fliegen zum Beispiel nach Zypern, um in einer zivilen Zeremonie zu heiraten, anstatt sich den Forderungen des Religionsministeriums zu fügen.

[Meinungsumfragen](#) haben gezeigt, dass die meisten Israeli, auch diejenigen, die sich nicht als orthodox oder religiös bezeichnen, eine positive Einstellung zur Religion haben. Viele gehen regelmässig in die Synagoge, auch wenn sie nur einen Teil der religiösen Rituale befolgen, und viele weitere besuchen die Synagoge zumindest an den hohen Feiertagen. In der Armee ist die Verpflegung koscher, damit sich orthodoxe Soldaten nicht entfremdet fühlen. Im allgemeinen akzeptieren Israeli solche Kompromisse, da sie die einzige Möglichkeit darstellen, allen Juden das Gefühl der Zugehörigkeit zu geben.

Eine Demokratie kann nicht über ein fremdes Volk regieren, ohne korrumpiert zu werden.

¶ Jüdische Siedler (zum Beispiel in Hebron) erhalten im Gegensatz zu ihren palästinensischen Nachbarn grössere Wasserzuteilungen und unterliegen keinen Reisebeschränkungen. Dies steht in Widerspruch zu den Grundprinzipien einer



TATSACHEN & ARGUMENTE

Demokratie, in der alle Menschen gleich sind. Noch gefährlicher für den demokratischen Charakter des Staates ist die Tatsache, dass es ein Justizsystem für Juden gibt und ein anderes für Palästinenser. Diese Situation, die schon seit 1967 andauert, ist mit dem Charakter einer Demokratie unvereinbar.

¶ Seit langem ist es Israels Ziel, besetztes Land für Frieden zu tauschen. Bisher verunmöglichten arabische Widerstände einen solchen Tausch. Als die Araber endlich zu einem Abkommen bereit schienen, waren Judäa, Samaria und der Gazastreifen schon mit [jüdischen Bewohnern](#) besiedelt (heute etwa 200,000). Lassen wir das Argument beiseite, laut dem viele Juden diese Gebiete als Teile des von Gott versprochenen Landes darstellen. Tatsache ist, dass Israel sogar noch vor kurzer Zeit bereit war, über die besetzten Gebiete zu verhandeln. Aber auch dieses Angebot wurde wieder zurückgewiesen.

¶ Die israelische Armee konnte sich der Probleme, die andere Besatzungstruppen in ähnlichen Situationen befallen, grösstenteils erfolgreich erwehren. Die Tatsachen, dass das israelische Militär eine Armee des Volkes und in Israel eine freie Presse vorhanden ist, die jeden Schritt der Regierung und ihrer Ämter unter die Lupe nimmt, sind die besten Garantien gegen negative Tendenzen. Ausserdem steht allen Palästinensern, die meinen, dass ihre Rechte missachtet werden, der Weg vor das [Oberste Gericht](#) offen.



TATSACHEN & ARGUMENTE

Israel ist ein Militärstaat, der entweder direkt durch die Armee oder durch ehemalige Generäle, die sofort nach dem Dienst in die Politik eintreten, regiert wird.

¶ Es ist wahr, dass Sicherheitsaspekte wegen der Bedrohungen, denen Israel ausgesetzt war, in vielen Bereichen grosses Gewicht erhielten. Unter diesen Umständen übte natürlich die Armee eine Anziehungskraft auf die besten Kräfte aus. Aber die Autorität der zivilen Macht über die militärische war sogar in Zeiten nationaler Krisen absolut.

¶ Es ist nur natürlich, dass Leute mit Ehrgeiz und Talent im zivilen Sektor weiter wirken, nachdem sie sich von der Armee verabschiedet haben, und dort versuchen, in die oberen Rängen der Macht zu gelangen. Deshalb hatte Israel mehrere Ministerpräsidenten, die früher Generäle waren (Rabin, Barak, Sharon), und Minister, die viele Jahre in der Armee dienten. Aber nachdem die Offiziere einmal in den Ruhestand getreten sind, ist der Wechsel ins zivile Leben vollkommen. Die Kontrolle der Knesset und die freie Presse garantieren die Vorherrschaft der zivilen Autorität über die militärische.

¶ Die militärische Schulung ehemaliger Offiziere prägt ihre Denkweisen allerdings auch in ihren weiteren zivilen oder politischen Karrieren. Der hohe Anteil des Militärbudgets am Staatshaushalt (18%) trägt ebenfalls zur Ubiquität militärischer Anschauungen im Leben Israels bei. Die alljährlich formulierte strategische Beurteilung, die Israels Rolle für die nahe und mittlere Zukunft bestimmt, wird fast ausschliesslich durch die Armee erstellt.

Israel besitzt noch überholte Notstandsmassnahmen aus der Mandatszeit.

¶ Die [Notstandsmassnahmen](#), die durch die britische Mandatsbehörde 1945 in Palästina eingeführt wurden, waren damals wegen der instabilen, gewalttätigen Situation notwendig –der Weltkrieg wütete, und in Palästina herrschten Unruhen. Die Notstandsmassnahmen wurden vom neugegründeten Staat Israel übernommen und von Zeit zu Zeit benützt, um Sicherheitsrisiken abzudecken: Verdächtige wurden ohne Gerichtsbeschluss interniert, Häuser zerstört, Reisen eingeschränkt usw. Dies geschah vor allem in den besetzten Gebieten.



TATSACHEN & ARGUMENTE

Die andauernde Bedrohung Israels könnte es vielleicht rechtfertigen, die Situation als kontinuierlichen Notstand zu definieren. Aber es lassen sich immer mehr Stimmen in Israel vernehmen, die behaupten, dass die regulären Gesetze zur Behandlung sicherheitsbezogener Verbrechen und Risiken ausreichen. Sie verlangen die gänzliche Abschaffung der Notstandsmassnahmen. Jedermann, der meint, dass seine humanitären oder zivilen Rechte eingeschränkt werden, kann an das [Oberste Gericht](#) appellieren. Palästinenser machten von diesem Recht schon oft Gebrauch.

Israel hat keine Verfassung. Eine zufällige Mehrheit in der Knesset könnte Gesetze verabschieden, die grundlegende Menschenrechte verletzen würden.

¶ Israel besitzt tatsächlich im Gegensatz zu anderen Demokratien keine [Verfassung](#). Der Grund für deren Fehlen geht auf die dramatischen Tage vor der Staatsgründung zurück. Damals wurden enorme Anstrengungen zur Schaffung eines Rahmens unternommen, der den meisten politischen und sozialen Kräften in der jüdischen Gesellschaft gestatten würde, an der Schaffung des Staates teilzuhaben. Ein Krieg wütete, und im Gegensatz zu den „Founding Fathers“ der Vereinigten Staaten hatte man keine Zeit für ausgiebige Beratungen. Die Standpunkte zum Charakter des zukünftigen Staates waren so unterschiedlich, dass eine schriftliche Verfassung nie von allen Seiten akzeptiert worden wäre. Stattdessen wurde eine Unabhängigkeitserklärung formuliert, die als de facto-Verfassung diente. Das Oberste Gericht bezog sich in vielen Urteilen auf die [Unabhängigkeitserklärung](#) und erhob das Dokument in den Status einer Verfassung.

¶ Nachdem die Knesset 1992 zwei Grundgesetze zur „[menschlichen Würde und Freiheit](#)“ und zur „[freien Arbeitswahl](#)“ verabschiedete, ist in Israel eine Art konstitutionelle Revolution entstanden. (Der Ausdruck stammt von Aharon Barak, dem Präsidenten des Obersten Gerichts.) Diese Grundgesetze sind in Israel den anderen Gesetzen übergeordnet. Gesetze, die vom Parlament verabschiedet werden, aber grundlegende Menschenrechte tangieren, können also vom Obersten Gericht annulliert werden. Obwohl diese Möglichkeit noch keinem Test unterzogen wurde, bringt die bloße Existenz solcher Grundgesetze eine verfassungsmässige Atmosphäre mit sich.



TATSACHEN & ARGUMENTE

Die Knesset lässt grösste Vorsicht walten, damit Rechte von Minderheiten nicht tangiert werden.

¶ Das Israel Democracy Institute ([IDI](#)) hat eine landesweite Bewegung ins Leben gerufen, die durch Konsensus eine Verfassung schaffen soll. Ein öffentlicher Rat, dem 70 Experten und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens angehören, arbeitet seit einem Jahr an der Ausarbeitung eines Konzepts für eine Verfassung, das der Knesset vorgelegt werden soll.

Die israelische Demokratie besitzt keine Überwachungsmechanismen.

¶ Solange Israel keine Verfassung besitzt, fungiert die freie [Presse](#) als Wächterin über die Rechte der Minderheiten. Es gibt fünf hebräische, zwei arabische, zwei englische und vier russische Tageszeitungen. Zusätzlich erscheinen zahlreiche Wochenzeitungen sowie lokale Zeitschriften in allen Sprachen, und es gibt mehrere lokale Radio- und Fernsehstationen. Klagen von Minderheiten können deshalb immer Gehör finden.

¶ Menschenrechtsorganisationen sind auf diesem Gebiet ebenfalls aktiv. Am prominentesten ist die „[Association for Civil Rights in Israel](#)“, die 1972 gegründet wurde und in der Beilegung von Konflikten, dem Lobbying für Menschenrechte und der Unterweisung der Bevölkerung in ihre Rechte und Pflichten sehr erfolgreich ist.

¶ Eine weitere Barriere gegen den Missbrauch der Macht durch die Exekutive ist das Amt des [Staatskontrolleurs](#), das jährlich tiefschürfende Untersuchungen vornimmt. Dadurch wird Transparenz geschaffen und die Regierung zur Rechenschaft gezogen.



TATSACHEN & ARGUMENTE

Die Presse in Israel ist von der Regierung abhängig.

¶ In den frühen Tagen nach der Staatsgründung war das israelische Radio tatsächlich sehr von der Regierung abhängig, und die Tageszeitung der Gewerkschaft „[Davar](#)“ war das Sprachrohr der regierenden Partei [Mapai](#). Diese Tage sind vorbei. Das [israelische Radio](#) und das Fernsehen unterstehen der „[Israel Broadcasting Authority](#)“, die das gesetzlich verankerte Recht garantiert, dass sie frei von Einflussnahme durch Politiker sind. Mit der Gründung des privaten zweiten Fernsehkanals 1993 und der Schaffung lokaler Radiostationen wurde das Monopol im Äther gebrochen. Parteizeitungen gibt es praktisch nicht mehr. „Galei Tsahal“, der Radiosender der Armee, hat eine militärische Agenda, besitzt aber erstaunlicherweise grosse Unabhängigkeit. Seine Journalisten und Redakteure handeln nach streng professionellen journalistischen Kriterien.

Die Presse unterliegt einer strengen Militärzensur.

¶ Wegen der Sicherheitsbedrohungen existiert in Israel eine militärische [Zensurbehörde](#). Zeitungen und andere Medien müssen Material, das militärische Themen betrifft, vor der Publikation dem [Zensor](#) vorlegen. In Wirklichkeit hat sich die Militärzensur jedoch auf äusserst heikle Bereiche zurückgezogen, wie zum Beispiel solche, die den Staat oder kämpfende Truppen einer Gefahr aussetzen könnten. Ein Spezialfall ist die Regelung, dass über Zwischenfälle mit Todesfällen nichts veröffentlicht wird, solange die betroffenen Familien nicht benachrichtigt wurden.

Militärzensur wurde in den ersten Jahren nach der Staatsgründung benützt, um die arabischen Medien in Israel zu überwachen. Diese Praxis ist praktisch verschwunden, und die arabischen Zeitungen geniessen heute in etwa die gleiche Pressefreiheit wie die hebräischen. Arabische Medien werden zwar immer noch stärker zensuriert als jüdische, aber in weit geringerer Masse als früher. Das Oberste Gericht interveniert heutzutage schnell zugunsten der Medien. Dadurch wird ungerechtfertigter Zensur ein Hemmschuh gesetzt.

Rede- und Meinungsfreiheit sind in Israel problematisch.



TATSACHEN & ARGUMENTE

¶ Israel ist eine Demokratie, in der auch Ansichten, die schwer zu akzeptieren sind, ohne Einschränkungen öffentlich zum Ausdruck gebracht werden dürfen. Ausnahmen sind einzig Aufforderungen zur Zerstörung des Staates Israel oder offene rassistische Aufrufe. Dies waren die Gründe, dass in den Siebzigerjahren die linksradikale Bewegung „[Derekh Hanitzotz](#)“ (Der Weg des Funkens) sowie die rassistische Bewegung des Rabbi [Meir Kahane](#) für illegal erklärt wurden.

Nach der Ermordung von Ministerpräsident Rabin 1995 wurde die Redefreiheit erneut geprüft. Rufe wurden laut, die behaupteten, dass gewisse Aufrufe vor dem tragischem Ereignis eigentlich Aufhetzung und nicht legitimen Dissens darstellten. Trotz dem katastrophalem Ereignis wurde die [Redefreiheit](#) aber nicht beschränkt.

Regierungsgegner von allen Seiten können auch die kontroversesten Ansichten frei zum Ausdruck bringen. Arabische Knessetmitglieder artikulieren ohne Einschränkungen ihre nicht-zionistischen (und anti-zionistischen) Standpunkte, die viele Israeli in Rage bringen. Die israelische Demokratie ist jedoch stark genug, um die Redefreiheit im Lande nicht zu beschränken.

Israels Demokratie sieht sich wegen der prekären Sicherheitslage grossem Druck ausgesetzt. Die Öffentlichkeit ist mehr denn je bereit, Massnahmen zu akzeptieren, die in normalen Zeiten als überflüssig oder unnötig hart gelten würden. Zum Beispiel wurde dem Abgeordneten [Azmi Bishara](#) die parlamentarische Immunität wegen aufwieglerischer Reden aberkannt. In Israel entstand darüber eine lebhaftige Debatte. Viele Persönlichkeiten sprachen sich unter Hinweis auf die Redefreiheit gegen diese Massnahme aus. Andere behaupteten, dass das Parlament bei arabischen Abgeordneten einen anderen Massstab ansetze. Ein Grossteil des Volkes meint jedoch, dass es eindeutig strafbar sein müsse, Unterstützung für den Gegner auszudrücken, wenn Israel angegriffen wird.



TATSACHEN & ARGUMENTE

Oft waren Regierungen dem Willen (und der Willkür) kleiner und sehr kleiner Parteien ausgesetzt.

¶ Zur Zeit ist die [Mindestzahl](#) der Stimmen, die eine Partei für den Eintritt in die Knesset erhalten muss, sehr tief (1.5% der Stimmen). Manche Politiker und Experten verlangen eine Erhöhung dieser Hürde. Aber Israel ist ein pluralistischer Staat mit vielen heterogenen Gruppen (Immigranten, Orthodoxe, usw.) Diese Gruppen dürfen nicht dadurch entmündigt werden, dass die Schwelle für den Eintritt in die Knesset zu hoch angesetzt wird. Die Kehrseite der Medaille ist in der Tat, dass in der Knesset viele kleine Parteien vertreten sind und dass die Regierung oft von ihnen abhängt.

Israel besitzt immer noch die Todesstrafe.

¶ Die Todesstrafe zur Sühne einer [Mordtat](#) wurde 1954 gestrichen. In den israelischen Gesetzbüchern gibt es die Todesstrafe nur für Nazischergen. Mit Ausnahme der Exekution von Adolf Eichmann wurde sie nie ausgeführt. Militärgerichte können einen Schuldigen [zum Tode verurteilen](#), aber die Anklagevertretung verlangt die Strafe nie. Die einzige Ausnahme stammt aus dem Jahre 1948, als ein Offizier als Kollaborateur zum Tode verurteilt und die Strafe vollstreckt wurde. (Der Offizier wurde später rehabilitiert.)



TATSACHEN & ARGUMENTE

LINKS

[Israel Government Gateway](#) - access to Israeli government sites, information, and services.

<http://www.info.gov.il/>

[State of Israel Web Site](#) - includes information on the president, Knesset, government, judiciary, and Zionist organization.

<http://www.knesset.gov.il/>

[The State of Israel](#) - examines the history of the country. From the Israeli Government's official web site, by the Ministry of Foreign Affairs.

<http://www.israel-mfa.gov.il>

[Israel Judicial Authority](#) - includes general information about the legal system and the judiciary in Arabic, English, and Hebrew, and the text of recent Supreme Court decisions in Hebrew only.

<http://www.court.gov.il>

[Adalah, The Legal Center for Arab Minority Rights in Israel](#) - non-profit legal center with the goal of achieving equal rights for the Arab citizens of Israel through legislative and judicial actions. Internships available.

<http://www.adalah.org/>

[The Palestinian Claim to a "Right of Return"](#)

<http://world.std.com/~camera/docs/backg/rret.html>

[The Association For Civil Rights in Israel](#)

<http://www.nif.org/acri/>



TATSACHEN & ARGUMENTE

<http://www.hrw.org/campaigns/israel/> Human Right Watch Israel Site: "Independent monitoring of what is happening on the ground is crucial, and only the international community can provide this."

<http://www.hrw.org/campaigns/israel/>

[Israel Religious Action Center \(IRAC\)](http://www.irac.org/) - advocates and promotes religious pluralism, human equality, and civil rights on behalf of Jews in Israel and abroad.

<http://www.irac.org/>

[Israel Democracy Institute, The \(IDI\)](http://www.idi.org.il/) - independent policy research center and nonpartisan think tank.

<http://www.idi.org.il>

[Meimad](http://www.meimad.org.il/) - non-partisan public action movement in Israel comprised of firmly committed religious Jews who support moderation in political and social issues.

<http://www.meimad.org.il>

[Committee for Accuracy in Middle East Reporting in America](http://world.std.com/~camera/) - media watchdog group which focuses on coverage of Israel.

<http://world.std.com/~camera/>